

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 • Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht
35 ergeben sich für alle Völker Rechte und Verpflichtungen, wie
36 beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.
- 37 • Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen
38 Volkes und ihr völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungsrecht sind
39 unverhandelbar
- 40 • Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 41 • Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
42 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
43 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

44 Der Terror der Hamas

45 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
46 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
47 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
48 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
49 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
50 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
51 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
52 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

53 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
54 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
55 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
56 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
57 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
58 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
59 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
60 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
61 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

62 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
63 Pogromen bis zur Shoah. Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation
64 verpflichtet uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte.

65 Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und dem
66 Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht
67 und Selbstbestimmungsrecht muss jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht
68 ausgeübt werden.

69 Im politischen Diskurs wird häufig vom „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch
70 wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt etwas
71 aus, das über juristische Kategorien hinausgeht: die Anerkennung, dass Israel

72 als einziger jüdischer Staat das Recht hat zu existieren, und dass diese
73 Existenz nicht verhandelt, relativiert oder in Frage gestellt werden darf. Dass
74 Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
75 angegriffen wurde und bis heute angegriffen wird, macht deutlich, dass das
76 sogenannte Existenzrecht keine politische Floskel ist, sondern eine reale und
77 fortbestehende Notwendigkeit ist. Wenn Israel im politischen Diskurs das
78 "Existenzrecht" abgesprochen wird, impliziert dies, dass das völkerrechtlich
79 verbrieft Recht eines Volkes über sich selbst zu bestimmen zugunsten der
80 Selbstbestimmung eines anderen Volkes zu vernachlässigen ist. In der Realität
81 gilt dieses Recht auf Selbstbestimmung uneingeschränkt für alle Völker. Es ist
82 zu betonen, dass kein anderer Staat der Welt mit der systematischen Aberkennung
83 seines bloßen Daseinsrechts konfrontiert wird. Daher halten wir es für
84 problematisch, wenn im politischen Diskurs das Existenzrecht Israels infrage
85 gestellt wird, mit der Begründung, dass es kein "Recht" auf Existenz eines
86 Staates gibt. Wir bekennen uns zum Recht auf Selbstbestimmung für den
87 israelischen Staat als auch für das palästinensische Volk, denn diese stehen
88 nicht im Widerspruch zueinander.

89 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
90 Pogromen bis zur Shoah.

91 Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948
92 auch mit der Nakba einherging – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von
93 über 700.000 Palästinenser*innen.

94 Das Leid dieser Menschen und die historische wie aktuelle Kontinuität von Gewalt
95 und Diskriminierung sind ebenfalls Teil der Geschichte, die nicht gegeneinander
96 aufgerechnet oder relativiert werden dürfen. Eine gerechte und friedliche Lösung
97 erfordert die Anerkennung der Leiden beider Seiten, ohne den Zivilisationsbruch
98 der Shoah und das historische Trauma der Jüdinnen*Juden zu relativieren.

99 Das Vorgehen der israelischen Regierung

100 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
101 entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner
102 Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem
103 Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als
104 Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine
105 großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem
106 brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-
107 Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
108 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das
109 Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der
110 Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch
111 ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare
112 Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

113 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
114 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen
115 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
116 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
117 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

118 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
119 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
120 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
121 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
122 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
123 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf
124 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
125 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
126 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
127 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
128 vollständig geräumt werden müssen.

129 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

130 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen, die Vertreibung
131 im Westjordanland und die militärische Gewalt gegen Zivilist*innen durch
132 extremistische Siedler sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht. Die
133 systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im besetzten
134 Westjordanland und Ostjerusalem ist als strukturelle Diskriminierung klar zu
135 bennennen und zu verurteilen.
136 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem und
137 anderen Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza
138 hin: systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der
139 zivilen Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
140 Verhinderung humanitärer Hilfe. Nach UN-Schätzungen wurden seit Oktober 2023
141 zehntausende Menschen getötet und hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht
142 eine akute Hungersnot und das Gesundheitssystem ist kollabiert. Der
143 Internationale Gerichtshof (IGH) hat wiederholt festgestellt, dass eine reale
144 und unmittelbare Gefahr für die Existenz der palästinensischen Bevölkerung in
145 Gaza besteht und dass "katastrophale" Lebensbedingungen herrschen, die durch die
146 Handlungen der israelischen Regierung fortlaufend verschlimmert wurden. Der IGH
147 hat in seinen einstweiligen Maßnahmen zudem festgestellt, dass die Gefahr eines
148 Völkermords plausibel ist - ein abschließendes rechtliches Urteil steht noch
149 aus.

150

151 Das Massaker der Hamas bleibt verabscheuungswürdig und unentschuldbar. Das
152 Selbstverteidigungsrecht darf jedoch nicht als Vorwand dienen, um kollektive
153 Bestrafung, ethnische Vertreibung und systematische Vernichtung zu legitimieren.

154 Als GRÜNE JUGEND Hamburg schließen wir uns der Einschätzung des IGH an und sehen
155 zentrale Kriterien der UN-Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch
156 nicht die Instanz, ein abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt
157 es den IGH. Wir fordern die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und
158 nehmen seine laufenden Verfahren mit größtem Ernst. Wir verurteilen die Politik
159 der rechtsextremen Regierung Israels, die durch Siedlungsbau, Entrechtung und
160 das Ausmaß des militärischen Vorgehens die Eskalation aktiv befördert und eine
161 politische Lösung systematisch verhindert hat. Unsere Kritik gilt der Regierung,
162 nicht dem israelischen Volk, nicht der israelischen Zivilgesellschaft, die
163 selbst massiv gegen diese Politik protestiert.

164 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
165 unverhandelbar

166 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
167 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
168 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
169 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
170 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
171 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
172 Lebens gehalten.

173 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
174 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
175 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
176 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
177 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
178 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
179 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
180 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

181 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
182 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
183 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar. Internationale Organisationen wie
184 Amnesty International, Human Rights Watch und Medico International dokumentieren
185 überzeugend, dass palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter
186 und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Diese systematischen
187 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
188 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
189 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

190 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

191 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
192 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
193 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
194 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
195 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
196 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

197 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
198 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
199 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
200 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
201 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
202 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
203 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
204 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
205 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
206 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
207 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
208 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
209 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

210 Entschieden gegen Antisemitismus

211 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
212 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes

213 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
214 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
215 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
216 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
217 und als Shoaverharmlosung.

218 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
219 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
220 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
221 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
222 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
223 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
224 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

225 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
226 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
227 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
228 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
229 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
230 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
231 universell angewandt werden.

232 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
233 Kritik an Israel als Projektionsfläche für jüdenfeindliche Ressentiments dient.
234 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
235 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
236 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
237 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
238 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die
239 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht. Unser Ziel ist ein Diskurs,
240 der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
241 Lebens in Frage zu stellen.

242 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
243 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
244 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
245 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
246 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
247 verfolgt und geächtet werden.

248 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
249 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
250 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
251 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

252 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

253 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
254 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
255 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
256 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
257 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
258 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher

259 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
260 beginnt.

261 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

262 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
263 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
264 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
265 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
266 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

267 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
268 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
269 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
270 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
271 ernst genommen werden müssen.

272 Unsere Forderungen

273 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
274 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
275 folgende Forderungen ab:

- 276 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
277 eingehalten werden.
- 278 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
279 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 280 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der Besatzung der Occupied
281 Palestinian Territories (OPT).
- 282 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
283 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
284 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
285 islamistische Hamas.
- 286 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
287 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

288 Abschluss

289 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
290 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
291 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
292 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die
293 Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich